

## **Die Türkei: geopolitisches Schwergewicht im Nahen Osten für die transatlantischen Beziehungen**

### **Transatlantic Academy 2010 legt Jahresbericht zur Zukunft der Türkei und ihrer Rolle als regionale Führungsmacht und Mittlerin im Nahen Osten vor**

Ob die Türkei in die Europäische Union gehört, wird lange und kontrovers diskutiert. Wo steht die Türkei und welche Beziehungen pflegt sie mit ihren Nachbarn im Westen (USA und EU), im Norden (Russland), im Osten (Armenien, Irak und Iran) und im Süden (Syrien)? Diese Fragen standen im Zentrum des Programms „Die Türkei und ihre Nachbarn: Implikationen für die transatlantischen Beziehungen“ der Transatlantic Academy in Washington, DC.

Die Fellows der Transatlantic Academy legen nun ihren Abschlussbericht unter der Überschrift „Getting to Zero: Turkey, its Neighbors and the West“ vor. Er skizziert die Beziehungen der Türkei zu ihren Nachbarn, analysiert die unterschiedlichen Interessen und zeigt Handlungsoptionen auf.

Aus deutscher Sicht ist die Frage nach der EU-Mitgliedschaft der Türkei herausragend. Die am 3. Oktober 2005 begonnenen offiziellen Beitrittsverhandlungen sind schwierig und verlaufen zäh. Von insgesamt 35 Themen wurden in fünf Jahren gerade einmal 12 in Angriff genommen und ein einziges erfolgreich abgeschlossen (Wissenschaft und Forschung). Frankreich und insbesondere Präsident Nicolas Sarkozy sind sehr skeptisch und lehnen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei ab.

Der Zypern-Konflikt blockiert nahezu sämtliche, auch noch so kleine Fortschritte. In Deutschland ist die öffentliche Meinung eher ablehnend. Die offizielle Position schwankt zwischen einer privilegierten Partnerschaft, einer privilegierten Beziehung und einem EU-Beitritt mit vielen Ausnahmen und langen Übergangsfristen.

### **Der 2. Jahrgang der Transatlantic Academy „Die Türkei und ihre Nachbarn“**

„Die Türkei und ihre Nachbarn. Die transatlantischen Implikationen“ – dazu arbeiteten in diesem Jahr sechs Politikwissenschaftler in Washington und analysierten die amerikanischen und europäischen Sichtweisen. Dem 2. Jahrgang der Transatlantic Academy gehören Ahmet Evin von der Sabanci Universität in Istanbul, Kemal Kirisci von der Bogaziçi Universität in Istanbul, Ronald H. Linden von der University of Pittsburgh (USA), Nathalie Tocci vom Istituto Affari Internazionali in Rom, Juliette Tolay-Sargnon von der University of Delaware (USA) und Joshua W. Walker von der Princeton University (USA) an. Außerdem waren fünf Bosch-Fellows für ein bis zwei Monate an der Akademie: Sinan Ülgen (Vorstandsvorsitzender, Center for Economics and Foreign Policy Studies), Hugh Pope (Programmdirektor, International Crisis Group), Michael Thumann (Leiter Mittelost-Redaktion, DIE ZEIT), Katinka Barysch, Stellvertretende Direktorin, Centre for European Reform), F. Stephen Larrabee, Professor für Europäische Sicherheitspolitik, RAND Corporation).

Seit Februar 2010 forscht auch Prof. Dr. Thomas Straubhaar, Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI) und Professor der Universität Hamburg, als Helmut Schmidt-Fellow an der Transatlantic Academy. Er beschäftigt sich besonders mit der Wechselwirkung EU-Beitrittssituation der Türkei und Migration.

## **Ergebnis des gemeinsamen Berichts zu „Die Türkei und ihre Nachbarn“**

### **Privilegierte Partnerschaft – keine Alternative zum EU-Beitritt**

Die „privilegierte Partnerschaft“ ist keine Alternative zum EU-Beitritt. In „Getting to Zero: Turkey, its Neighbors and the West“ zeigen Kemal Kirisci und Nathalie Tocci die Widersprüchlichkeit dieses Konzepts: Zum einen besteht bereits eine sehr enge und damit privilegierte Partnerschaft in Form der Zollunion zwischen der EU und der Türkei, so dass zum anderen der Inhalt des Konzepts „privilegierte Partnerschaft“ überaus vage bleibt. Die Skepsis wird auch dadurch genährt, dass sich in der Praxis der Zollunion viele Fußangeln zeigen, die eine für beide Seiten befriedigende Funktionsweise erschweren. So können EU-Geschäftsreisende ohne Formalitäten in die Türkei reisen. Das Gegenrecht aber ist weniger problemlos. Türkische Geschäftsreisende benötigen bei der Einreise in die EU immer noch ein Visum. Ähnliche Kuriositäten zeigen sich, wenn die EU ein Freihandelsabkommen mit Drittländern schließt. Dann muss die Türkei Produkten aus Drittländern den ungehinderten Zugang zum türkischen Markt eröffnen. Die Drittländer ihrerseits sind aber nicht gezwungen, Gegenrecht zu gewähren und türkischen Produkten ungehinderten Zugang zu ihren Heimatmärkten zu erlauben.

Entscheidend ist jedoch, dass das Konzept der „privilegierten Partnerschaft“ als Rückfalllinie in den laufenden EU-Beitrittsverhandlungen dienen könnte. Bei den Verhandlungen von EU-Seite würde nicht mehr der Kompromiss, sondern das Scheitern angestrebt. Allein der Verdacht, dass es der EU gar nicht so sehr um einen erfolgreichen Abschluss der EU-Beitrittsverhandlungen geht, stellt die Glaubwürdigkeit der EU und auch das Vertrauen in die EU nicht nur in der Türkei, sondern im gesamten Mittleren Osten in Frage.

### **Die Türkei als Motor für Transformation und Modernisierung im Mittleren Osten**

Eine Strategie, die auf einen Misserfolg der laufenden EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei hinarbeitet, bedeutet auch deshalb eine Gratwanderung, weil der Westen die Türkei ebenso braucht, wie die Türkei den Westen. Beide sind wirtschaftlich eng miteinander verflochten. Die EU ist mit Abstand der wichtigste Handelspartner der Türkei. Rund 55% aller Exporte aus der Türkei gehen nach Europa, etwa 45% aller türkischen Importe kommen aus Europa. Europa hat einen satten Handelsbilanzüberschuss gegenüber der Türkei von über 8 Mrd. Euro (2008). Die EU leistet etwa drei Viertel aller in die Türkei fließenden Direktinvestitionen. Und nicht zu vergessen: In Europa leben mehrere Millionen Menschen türkischer Herkunft, die meisten (etwa 2,5 Mio.) in Deutschland.

Was die EU für die Türkei in wirtschaftlicher Hinsicht ist, sind die USA in politischer Hinsicht. Die Türkei ist seit 1952 Mitglied der Nato und der wichtigste strategische Partner der USA im Nahen Osten. Die Türkei hat Truppen nach Afghanistan gesandt. Sie stellt ihre militärischen Einrichtungen den amerikanischen Streitkräften im Irak zur Verfügung. Sie hat einen Sitz im UN-Sicherheitsrat und wird mitentscheiden, ob es zu den von den USA angestrebten Sanktionen gegenüber dem Iran kommen wird.

Vor allem aber bildet die Türkei die Brücke zwischen Europa und Asien, zwischen christlicher und islamischer Welt. Das macht sie für den Westen zu einem überaus wichtigen Partner. Die Türkei ist eine Demokratie mit einer säkularen Verfassung und einer muslimischen Bevölkerung. Ist sie erfolgreich, kann sie für andere Länder des Mittleren Ostens zu *dem* Vorbild für Modernisierung und Transformation werden.

## Empfehlungen

Der Bericht "Getting to Zero: Turkey, its Neighbors and the West" schlägt eine Reihe politischer Maßnahmen mit Blick auf die Türkei, die EU und die USA vor:

### 1. Türkei

- a) Die Fortführung des türkischen Demokratisierungsprozesses ist der Schlüsselfaktor für die politische Stabilität und wirtschaftliche Prosperität des Landes. Populistische und/oder autoritäre Verhaltensweisen schaden der türkischen Reputation.
- b) Die Fortführung des EU-Beitrittsprozesses ist zentral für die erfolgreiche Transformation und Modernisierung der Türkei. Sie ist aber auch für die Bedeutung der Türkei als regionale Führungsmacht entscheidend.
- c) Die Gütermärkte gegenüber Europa weiter zu öffnen, ohne dadurch die wirtschaftliche Offenheit der Türkei gegenüber allen anderen Nachbarn zu vernachlässigen, ist die beste außenwirtschaftliche Strategie für die Türkei.
- d) Es gilt anzuerkennen, dass die Türkei zunehmend zu einem Einwanderungsland und immer mehr auch zu einem Transitland geworden ist. Daraus folgt die Notwendigkeit, (ausländer-)rechtliche und verwaltungsrechtliche Rahmenbedingungen im Bereich der Einreise (Visumpflicht und Asylrecht), des Aufenthalts und der Beschäftigung anzupassen, um gleichermaßen humanitäre, ökonomische und sicherheitspolitische Ziele erfüllen zu können.
- e) Das Konzept einer problemlosen Beziehung mit allen Nachbarn ist nicht einfach zu realisieren. Zu einigen Nachbarn bestehen vielfältige - oft sehr komplexe, historisch geprägte - politische, ökonomische und gesellschaftliche Spannungsfelder, die zu kollidierenden Interessen führen. Deshalb bedarf es einer konstruktiven lösungsorientierten und nicht einer provokativen konfliktverschärfenden Herangehensweise.
- f) Schließlich ist die Obama-Administration offen für neue Ansätze und Initiativen. Das bietet der Türkei die Chance, im Rahmen einer kohärenten Außenpolitik die transatlantische Zusammenarbeit mit den USA zu vertiefen.

## 2. Europäische Union

- a) Auf der Grundlage des im europäischen Recht grundlegenden Prinzips „pacta sunt servanda“ sollten die laufenden EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu einem zügigen Ende geführt und nicht durch zusätzliche, neue Forderungen belastet werden. Zudem sollte die EU die positiven Wirkungen auf die demokratische Transformation in der Türkei angemessen berücksichtigen.
- b) Es gilt, die Anstrengungen der Türkei zu honorieren, die Nachbarländer ökonomisch, gesellschaftlich und politisch zu stabilisieren und damit einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität der ganzen Region zu leisten. Das gilt insbesondere auch für die Liberalisierung der türkischen Visa-Politik für Angehörige aus den Anrainerstaaten.
- c) Hohe Priorität sollte die Beseitigung der Probleme haben, die einer effektiven Wirkungsweise der bestehenden Zollunion zwischen der EU und der Türkei im Wege stehen. Diese vertrauensbildende Maßnahme wäre sowohl für die laufenden EU-Beitrittsverhandlungen als auch unmittelbar für die Weiterentwicklung der türkischen Wirtschaft hilfreich.
- d) Anzustreben ist eine maximale Ausnutzung jener Freiheitsgrade, die mit dem Lissaboner Vertrag offen stehen, jenseits und ergänzend zu den laufenden EU-Beitrittsverhandlungen. Auf den Gebieten der Außen-, Sicherheits- und Energiepolitik, des Asylwesens und der Grenzkontrollen ließe sich bereits im Vorfeld einer EU-Mitgliedschaft eine vertiefte EU-Türkei-Kooperation etablieren.

## 3. USA

- a) Die USA könnten über diplomatische Kanäle beide Seiten, die Türkei und die EU, von den gemeinsamen Vorteilen eines erfolgreichen Abschlusses der EU-Beitrittsverhandlungen überzeugen. Sie sollten vor allem darauf hinwirken, das dem Geist der Europäischen Integration widersprechende Konzept der „privilegierten Partnerschaft“ nicht weiter zu verfolgen.
- b) Es gilt anzuerkennen, dass die Position der Türkei aus ökonomischen Gründen und als Energiedrehscheibe gestärkt worden ist. Damit kann die Türkei eine wichtige Mittlerrolle für die USA im Nahen Osten übernehmen. Das türkische Konzept der problemlosen Beziehungen mit allen Nachbarn kann dann der politischen Stabilisierung der gesamten Region dienen. Es erlaubt zudem, mit Hilfe türkischer Unterstützung die Transformation und Modernisierung der Anrainerstaaten – inklusive des Iraks, des Iran und Afghanistan – weiter voranzubringen. Die USA sollten diese Anstrengungen zu mehr Demokratie und einer weitergehenden Transformation bestmöglich unterstützen.
- c) Die USA sollten sowohl die Türkei, als auch Armenien zu einer Anerkennung der Protokolle drängen sowie auf einen raschen Friedensprozess im Nagorno-Karabakh-Konflikt hinwirken.
- d) Desgleichen wäre eine stärkere Wahrnehmung der Mittlerrolle der USA im Konflikt zwischen der Türkei und der EU um die Zukunft Zyperns gefordert.

## Die Transatlantic Academy

Transatlantische Herausforderungen brauchen transatlantische Perspektiven – und Lösungen. Die Transatlantic Academy als Kompetenzzentrum und Forum des wissenschaftlichen Austausches steht für eine zukunftsorientierte Weise transatlantischer Zusammenarbeit: Sie analysiert und erarbeitet über nationale und fachliche Grenzen hinweg Konzepte und Lösungsvorschläge für global relevante Fragen, die insbesondere Europa und Amerika betreffen. Wissenschaftler, Intellektuelle und Entscheidungsträger beschäftigen sich intensiv mit jährlich wechselnden Themen (2008/2009 Migration und Integration, 2009/2010 die Türkei und ihre Nachbarn, 2010/2011 die neue Geopolitik, 2011/2012 der Wettkampf um Naturrohstoffe) und deren Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen. Zehn Monate leben und arbeiten die Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern und Forschungsrichtungen in Washington DC – nah dran am US-amerikanischen Politikbetrieb.

Vier große Stiftungen – der German Marshall Fund of the United States (Washington, DC), die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius (Hamburg), die Robert Bosch Stiftung (Stuttgart) und die Lynde and Harry Bradley Foundation (Milwaukee, WI) haben dafür im Frühjahr 2008 den Grundstein gelegt. Die Einrichtung wird ebenfalls von der Bundesregierung finanziell unterstützt. Weitere Informationen unter: <http://www.transatlanticacademy.org/>